



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Diana Stachowitz, Margit Wild, Klaus Adelt SPD**

Bericht des Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bildung und Kultus des Landtags einen Bericht über die bisherige Arbeit des Beauftragten gegen Antisemitismus abzugeben.

Im Bericht soll insbesondere auf

1. antisemitische Vorfälle an Schulen,
2. die Möglichkeiten der stärkeren Verankerung des Themas in den Lehrplänen der einzelnen Schulen,
3. die Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf Antisemitismus in sozialen Medien

Bezug genommen werden.

Begründung:

Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine wichtige Aufgabe der gesellschaftlichen Institutionen. In seiner ersten Stellungnahme wies der Antisemitismusbeauftragte der Staatsregierung darauf hin, dass die Zunahme antisemitisch motivierter Straftaten gestoppt werden muss. Im Jahr 2018 waren insgesamt 219 antisemitische Straftaten registriert worden, jede fünfte wurde von einem Tatverdächtigen unter 21 Jahren verübt. Mit der Beratung dieses Berichts sollen im zuständigen Ausschuss die Möglichkeiten erörtert werden, welchen Beitrag die Schulen dazu leisten können. Insbesondere die mit der Nutzung sozialer Medien vertrauten Kinder und Jugendlichen müssen in der Schule lernen, wie sie Antisemitismus erkennen und wie sie sich dagegen wehren können.